

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/4 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditionen incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstraße Nr. 34, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 8 Sgr.

Auf ewig ungetheilt,

bieß die Bedingung, unter welcher die Herzogthümer Schleswig-Holstein sich die Herrschaft der Dänenkönige gefallen ließen. Und lange Zeit wurde diese Bedingung von den Dänen treu erfüllt. Auch sonst war das dänische Regiment nicht schlecht. An der Spitze des Königreiches standen meist in den Herzogthümern geborene Deutsche als Minister, die deutsche Sprache war die herrschende, die Verwaltung der Herzogthümer war fast selbständig und die Abgaben niedrig.

Dies sollte sich mit einem Male ändern. Im Jahre 1845 verstarb es der dritte König von Dänemark zuerst die Zusammengehörigkeit und Selbständigkeit der Herzogthümer anzutasten. Als dann später im Jahre 1848 sein Nachfolger die Regierungsgewalt einer ganz fanatisch gesinnten, alles Deutsche hassenden Partei überließ, deren Streben dahin ging, Schleswig ganz dänisch zu machen, da erhoben sich die Herzogthümer einmüthig und griffen zu den Waffen. Deutschland und Preussen an seiner Spitze kamen ihnen zu Hülfе und vertrieben die Dänen nach mehreren blutigen Schlachten aus dem Lande.

Als es sich jedoch herausstellte, daß das deutsche Volk nicht im Stande war, die Freiheitsbewegung im Fluß zu erhalten, in allen deutschen Staaten an Stelle der liberalen reactionären Regierungen getreten waren, da fing den letzteren an die Sache der Herzogthümer zur Last zu werden und namenlich das allmüthig wieder erstarkte Oesterreich verlangte gebieterisch die Auslieferung der Herzogthümer an Dänemark, weil es nicht dulden wollte, daß Preussen einen vorwiegenden Einfluß in Norddeutschland besitze.

In Preussen regierte damals auch bereits das Ministerium Brandenburg, welches am 2. Juli 1850 mit Dänemark Frieden geschlossen und seine Armee aus Schleswig-Holstein zurückgezogen hatte. Inzwischen war von den Herzogthümern selbst unter Preussens Anleitung ein tüchtiges Heer geschaffen worden, welches wohl im Stande war, die Dänen zu bekämpfen. Auch dies wollte Oesterreich nicht dulden. In Deutschland sollte der alte

Deutsche Bund und in Schleswig-Holstein das dänische Regiment wieder hergestellt werden.

Der, nach dem inzwischen erfolgten Tode des Grafen Brandenburg, an die Spitze des Ministeriums getretene General von Radowicz trat diesen von Oesterreich drohend gestellten Forderungen entgegen. Von beiden Seiten wurde gerüthet; kurz vor Beginn der Feindseligkeiten erhielt von Radowicz seine Entlassung und der an seine Stelle getretene Minister von Manteuffel schloß am 20. November 1850 mit dem österreichischen Minister Fürsten Schwarzenberg die für Preussen so demüthigende Uebereinkunft von Olmütz.

In Folge derselben rückte im Februar 1851 eine starke österreichische Armee in Holstein ein, nachdem ihr preussische Pioniere eine Brücke über die Elbe hatten schlagen müssen. Das schleswig-holstein'sche Heer wurde entwaffnet, und die Landesversammlung, so wie die Statthaltertschaft aufgelöst.

Endlich wurde am 8. Mai 1852 durch das sogenannte Londoner Protokoll die dänische und schleswig-holsteinische Erbfolge geändert, und der gegenwärtige König von Dänemark mit Uebergehung von sechs oder sieben näher berechtigten Erben zum Kronprinzen von Dänemark und Erbprinzen von Schleswig-Holstein ernannt. Dieser Vertrag wurde von den Grossmächten, Dänemark und Schweden geschlossen. Gültige Kraft konnte er natürlich nicht haben, denn die Vertragsschließer hatten nicht das geringste Recht, über das Recht Dritter ohne deren Zustimmung zu verfügen. Er zeigte sich auch von Hause aus als unkräftig. Die dänische Regierung war, wie wir neulich nachwiesen, außer Stande, das Erbfolgesetz, welches durch das Londoner Protokoll angeblich sanctionirt war, in den Herzogthümern rechtskräftig zu publiciren. Außerdem verhinderte die an der Spitze der dänischen Regierung stehende fanatische Partei die Erfüllung der Versprechungen zu Gunsten der Herzogthümer, welche Preussen, Oesterreich und der Deutsche Bund in dem Frieden von 1852 ausgemacht hatten.

Von 1852 bis 1862, also zehn Jahre lang, wurden die Herzogthümer auf alle Weise gequält und gebrüht. Nichts desto weniger gelang es den Dänen in keiner

Weise, ihre oft aufgelösten Ständeversammlungen zur Anerkennung des dänischen Thronfolgegesetzes und zum Aufgeben ihres Rechtes auf ein gemeinsames Regime zu bringen.

Da die Dänen sich an keinen der mit den anderen Mächten geschlossenen Verträge hielten, so hörte der Streit der deutschen Regierungen mit dem Kopenhagener Kabinett nicht auf. Die hin- und hergehenden Versuchen füllten ganze Bände; aber die Dänen hielten sich in ihrem Uebermuth an gar nicht.

Da starb am 15. November 1863 unerwartet der König Friedrich VII. von Dänemark, der letzte zugleich in Dänemark und den Herzogthümern erberechtigte Fürst. Sein Nachfolger in Dänemark bestieg den dänischen Thron und genehmigte sofort ein neues Verfassungsgesetz, wider Willen durch die sein Schloß umlagernden Volksmassen dazu gezwungen, welches die Rechte der Herzogthümer und Deutschlands auf das Schwert verlegte. Die Grundlage des Londoner Protokolls, auf welches er sich stützte, waren nemlich die mit den deutschen Mächten vorher geschlossenen Verträge. Dänemark hatte sich nemlich in diesen Verträgen verpflichtet: weder Schleswig in das dänische Reich einzuverleiben, noch die Rechte Holsteins und Lauenburgs zu schmälern. Durch die neue Verfassung, in welcher die Einverleibung Schleswigs ausgesprochen war, war also dem Londoner Protokoll seine nothwendige und von ihm unzertrennliche Voraussetzung entzogen. Der neue König von Dänemark hatte sich also selbst auch des letzten Scheines eines Anrechtes auf den Thron der Herzogthümer beraubt.

Was in Folge dieses Ereignisses eintrat, haben wir nicht erst nöthig unsern Lesern in das Gedächtniß zurückzurufen.

Die preussische Regierung war moralisch verpflichtet, sich der Herzogthümer anzunehmen. Sie that es; aber leider nicht in der von allen Patrioten gewünschten Weise. Statt mit der deutschen Bewegung, ging sie mit Oesterreich in den Kampf und als der Krieg mit Dänemark glücklich beendet war, da hatten die Herzogthümer anstatt eines zwei Herren. In sa sogar noch einen Dritten, den Erbprinzen von Augustenburg, welchen sie selbst haben wollen.

Daß ein solches Verhältniß auf die Dauer nicht haltbar sein würde, ließ sich leicht voraussehen. Der eine Mißbefieger ging nach rechts, der andere nach links, und vor Kurzem sah es gar so aus, als ob der zwischen ihnen entbrannte Streit in einen Krieg ausarten werde. Schließlich ist nun doch eine Einigung erfolgt. Eine Einigung, welche leider aber auch keine Dauer verspricht, denn sie ist eben keine endliche Abmachung, sondern eine solche auf Zeit. Wie die schließliche staatliche Gestaltung der Herzogthümer werden soll, das liegt im dunklen Schoße der Zukunft. Eins aber ist leider nur zu klar: Die Herzogthümer sind getheilt.

Wenn diese Theilung auch nur eine vorläufige ist, so können wir uns doch denken, wie das Herz eines

jeden seiner Bewohner bei diesem Worte schmerzhaft erzittert.

Zwanzig Jahre haben sie mit den Dänen gerungen, gekämpft und von ihnen das Schwert erduldet, um diese Theilung von sich abzuhalten, und nun find es ihre Blutsverwandten, welche sie doch diesem Loose unterwarfen.

Sind die Vortheile, welche unsere Regierung durch die Uebereinkunft mit Oesterreich erlangt hat, wirklich so groß, daß es gerathen war, den Herzogthümern dieß Bitterste anzuthun?

Darüber wollen wir in der nächsten Woche reden.

Politische Wochenschau.

Preußen. Die Uebereinkunft in Gastein ist jetzt bereits von der gesammten Tagespresse erörtert und nach allen Seiten beleuchtet worden. Als das Auktentstück in die Oeffentlichkeit trat, erklärten gleichzeitig in der Regierungsbresse die Kanzlern im vollen Chor, und da zur selben Zeit in der unabhängigen österreichischen Presse, welche auf das neue Ministerium Majalah-Belcredi mit großem und gerechtem Mißtrauen blickt, förmliche Serenimaden laut wurden, hatte es für einen Augenblick wirklich den Anschein, als ob die Uebereinkunft gleichbedeutend sei mit einem glänzenden Sieg der preussischen Diplomatie. Aber auch nur für einen Augenblick! Als man sich die einzelnen Artikel der Abmachung von Gastein näher besah, mußte man unwillkürlich fragen: Ist das ein Schritt zur Erfüllung der preussischen Gebrauchs-Forderungen, von welchen die Oeffizien fort und fort behauptet hatten, daß niemals auch nur ein Zota von denselben nachgelassen werden dürfe? Welches sind denn die großartigen Zugeständnisse, die wir von Oesterreich erlangt haben? Die Polizei und das Kommando über den Kiel der Hafen, bis derselbe — Bundeshafen wird! Hr. v. Roon hatte aber in der Kammer erklärt: Preußen sei „im Besitz“ des Hafens und sei entschlossen, „im Besitz“ desselben zu bleiben. Und das ist etwas ganz Anderes, als was jetzt in Gastein stipulirt wurde. Preußen hat ferner erlangt: das Mitbesatzungsrecht in Rendsburg, bis zur — bundesgemäßen Regelung der Besatzungsverhältnisse. Preußen erhält ferner das Herzogthum Schleswig in provisorischen Besitz, muß dafür aber Holstein, den Hauptstich der angeblichen angustenburgischen „Nebenregierung“, an Oesterreich abtreten, und zwar deshalb, damit (wie es in der Einleitung der Gasteiner Uebereinkunft heißt) die bis jetzt dort vorgefallenen „linguistischsten“ vermieden werden. Preußen darf ferner eine Eisenbahn von Lübeck über Kiel nach Schleswig, sowie den Nordsekanal bauen, ohne Anspruch auf Gehörrechte betreffs der Bahn zu machen. Es darf „Unterhandlungen anknüpfen“ wegen Beitritts der Herzogthümer zum Zollverein; es bekommt zwei Eisenstrassen; es erhält Einen Telegraphenbrat zur Verbindung mit Kiel und Rendsburg und darf preussische Postwagen durch Holstein gehen lassen. Das sind die großartigen Vortheile, die Preußen erwidert hat, und dabei haben offizielle Blätter noch die Naivität zu behaupten, der Entwurf zur Uebereinkunft sei von Herrn v. Bismarck aufgesetzt; sie glauben damit nämlich unserem Ministerpräsidenten ein Kompliment zu machen. (Wie schänten hier ein, daß das Gerücht, Herrn v. Bismarck sei als Belohnung für seine Thätigkeit in den letzten Monaten der Grafentitel verliehen worden, noch keine Bestätigung gefunden hat.) Da das Provisorium doch nicht ewig (ober um einen willkürlichen Ausdruck zu gebrauchen) „bis ans Ende aller Dinge“ dauern soll und kann, so werden

als bald oder in kurzer Zeit die Verhandlungen wegen des Definitivums beginnen müssen. Und da dürfte es sich zeigen, daß alle jene verkauflichten „Verteile“ Preußens ebenso viele Fäßen und Schlingen sind, die uns unser lieber Allmächtiger gelegt hat. Weiter: während wir bei den letzten Verhandlungen es nur mit Oesterreich zu thun hatten und die mittelständigen Staatsmänner, soweit sie überhaupt in Betracht kamen, sezuzagen am Musikantentische saßen, werden künftig die Herren v. Brest, v. d. Pfordten, v. Arnhäuser, v. Dalwigk u. s. w. ein großes Wort mitzureden haben, denn — wir haben uns ja wegen Klets und wegen Kentsburg verpflichtet, mit dem Bundealltag zu unterhandeln. — Kurz und gut, wir sehen in der Gasteiner Uebereinkunft nichts, was uns zum Jubeln veranlassen könnte.

Komisch erscheint es uns nun, wenn wir hier und da lesen, daß Preußen seinerseits auch Zugeständnisse an Oesterreich gemacht habe, — nämlich für die Vortheile, die Oesterreich uns bewilligt hat. Und an der Spitze der angeblichen Zugeständnisse in angeblichen geheimen Artikeln soll — das Aufgeben des Handelsvertrages mit Italien stehen. Wir glauben das nun und nimmermehr! Da denken wir doch immer noch zu gut von unseren Staatsmännern. Was mit Lauenburg geschehen wird, ist eine Frage, mit der sich Viele beschäftigen. Der Lauenburg betreffende Artikel der Gasteiner Uebereinkunft hat in der französischen und englischen Presse einen wahren Sturm hervorgerufen. Die dortigen Blätter (und auch die preussischen stimmen damit überein, wenn sie ihre Ansichten auch in gemäßigterer Form auszusprechen müssen) können es nicht begreifen, daß in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts über Land und Leute disponirt werde, ohne diese Leute um ihre Ansicht zu befragen. Bei den Amerikanern in Italien und Frankreich, ferner bei der Umwälzung in Mexiko hat stets eine Volksabstimmung stattgefunden, und es ist gleichgültig, ob bei diesen Abstimmungen mitunter etwas Menschliches passiert ist. Die Leute konnten sich doch wenigstens einbilden, daß man sie befragt habe. — Ob nun Lauenburg förmlich in Preußen einverleibt werden soll, scheint noch nicht ganz gewiß; man hört wenigstens noch keine Silbe von einer nahen Einberufung der Kamern, während die Verhältnisse in Lauenburg doch in kürzester Frist geregelt werden müssen. Eine Personalunion mit Preußen (welche die Heubalen zu wünschen scheinen, um dem neueroworfenen Ländchen seine urzeitliche „Verfassung“ zu bewahren) scheint uns nicht recht wahrscheinlich, ebenso wenig eine selbstständige Konstituierung des Herzogthums unter dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen. Der thätenslustige Prinz, meinen wir, möchte sich als Regent eines solchen Hülpstaates von noch nicht voll 50,000 „Seelen“ nicht sehr beghlig fühlen.

Die von der Regierung berufene Kommission zur Beratung der Arbeiterfrage hält fleißig Sitzungen. Daß etwas Rechtes dabei herauskommen werde, bezweifelt man mit Recht, namentlich seit man weiß, daß ein Theil der Mitglieder aus der Klasse der Arbeitnehmer aus den konservativen Vereinen ihrer Primärkoorte ausgewählt worden ist. Gleich der erste Beschluß der Kommission, wonach die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen ohne alle Bedingungen mit 19 gegen 15 Stimmen abgelehnt wurde, zeigte, was man zu erwarten hat. Das Abgeordnetenhaus, welches doch schließlich die Entscheidung trifft, bedarf solcher Gutachten nicht. — Schulze-Delitzsch, den man zu dieser Kommission nicht eingeladen hat, feierte inzwischen glänzende Triumphe in Stettin, wo er dem 7. Vereinstag der deutschen Genossenschaften präsidirte, und verweilt jetzt in Nürnberg als Mitglied des volkwirtschaftlichen Kongresses. (Am ersten Tage,

28. August, beschloß dieser Kongress einstimmig: „Der Kongress empfiehlt den baldigsten Abschluß eines Handelsvertrages zwischen dem Königreich Italien und dem Zollverein, durch welchen letzterer die Rechte der meistbegünstigten Nationen auf den italienischen Markt erwirbt.“)

Der 26. Geburtstag unseres Schulze-Delitzsch wurde am 28. August von dem Berliner Arbeiterverein durch ein sehr schönes Fest und auch von den Handwerkervereinen vieler anderer Städte gefeiert.

Sohnan Jacob hat am Sonnabend (26. August) seine sechsmonatliche Haft in Königsberg angetreten. Zwei Tage darauf (28. August) verließ Frenzel das Gefängniß in Gumbinnen nach verfristeter zweimonatlicher Haft. Beide Abgeordnete sind feierlich wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden. Herr Frenzel und seinem Kollegen Dr. Bender zu Ehren fand in Gumbinnen am 28. Abends ein gefälliges Fest in der Bürgeressence statt. Am nächsten Tage erstatteten Beide ihren dortigen Wählern Bericht über ihre Thätigkeit während der letzten Kammeression.

Der Mangel an Unteroffizieren in der preussischen Armee.

Es tritt in unserer Armee mit jedem Jahre sichtbar ein Mangel an guten Unteroffizieren auf, wie sich dies in neuester Zeit wiederum klar hat aus dem Umstande erkennen lassen, daß die Unteroffizierschulen zu Potsdam und Sülz lediglich unter einem zu großen Andränge zu leiden haben, sondern daß im Gegentheil selbst nach der Zeit, welche als Schlaftermin für die Meldungen angezett ist, von Seiten der Landräthe in den Kreisblättern zum Eintritt in diese Schulen aufgeführt worden ist. Was ist der Grund dieser Erscheinung, wie kann man ihr abhelfen und wie sucht man ihr abzuhelfen?

Der Grund dieser Erscheinung ist wohl Niemandem fremd, der aufmerksam unserer gesellschaftlichen Entwicklung seit einer Reihe von Jahren gefolgt ist. Was vor 50 Jahren vielleicht so manchem ein hebes gewinnenswerthes Ziel schien, nämlich die Aussicht nach 12 Jahren angestrengten Dienstes als Unteroffizier die Berechtigung zu einer Günstigenstellung zu erhalten, welche bei anstrengendem Dienste monatlich 15 bis 20 Thaler einbrachte, das ist heut zu Tage für tüchtige und brauchbare Menschen keine Lockspeise mehr. Erstens sind bei der eingetretenen Preissteigerung aller Nahrungsmittel 15 bis 20 Thaler kaum ausreichend für eine Familie, um auch nur auf die allerkrümlichste Weise ihr Leben zu fristen. Deshalb wird in der Aussicht auf ein solches Gehalt, selbst wenn Jemand auf den Umstand, dabei in den Staatsdienst zu treten, ein besonderes Gewicht legen sollte, doch nur sehr selten ein strebamer Mensch einen Anreiz geben, sich dieser Laufbahn zu widmen. Ja wir glauben sogar, daß so Mancher, der Neigung hat zum Soldatenstande, und gern einige Jahre Unteroffizier sein würde, durch die Aussicht zurückgeschreckt wird, daß, nachdem er die Jahre, in welchen der Mensch sich gewöhnlich eine bürgerliche Stellung schafft, die seine Existenz sichert, dem Staate geopfert hat, seiner eine Zukunft wartet, deren Krümlichkeit er im Voraus genau berechnen kann. In unsen Zeiten kann ein sähiger und intelligenter Mensch, und nur solche kann eigentlich zu Unteroffizieren brauchen, indem noch dem Urtheil aller sachverständigen Militärs von der Tüchtigkeit der Unteroffiziere wesentlich die Tüchtigkeit der Armee abhängt, sich mit Tüchtigkeit in den Jahren, die er bei Einschlagung der Militär-Laufbahn als Unteroffizier dienen muß, eine Stellung schaffen, welche ihn und seine Familie jeder materiellen Sorge weit besser entsetzt, als jenes voraustrückliche Gehalt von 15 bis 20 Thalern.

Was nun die durch den Eintritt in den Staatsdienst gewährte Sicherheit für das Alter betrifft, so verringert sich bei der immer wachsenden Beteiligung des Volkes an den Altersversorgungskassen, Lebensversicherungen, Kranken- und Sterbefällen u. dgl. mehr die Bedeutung dieses Umstandes immer mehr und übt sie deshalb bei weitem nicht mehr einen so großen Einfluss auf die Anschließung der jungen Leute aus, als dies noch vor einem Menschenalter der Fall war. So wäre es denn leicht erklärt, warum der Zutrang zu der Unteroffizier-Carrière seit den letzten Jahren abgenommen hat. Die steigenden Preise der Lebensmittel, sowie die damit ziemlich sich haltende Neigung des bürgerlichen Erwerbs lassen die Ansichten, welche diese Laufbahn eröffnet, nicht mehr so verlockend erscheinen, daß sich mehr als vereinzelte Personen finden, welche auf längere Dauer den Schritt aus dem bürgerlichen Leben in das Militär zu thun geneigt sind.

Da nun aber die Armee notwendiger Weise Unteroffiziere braucht, so muß diesem immer mehr hervortretenden Mangel abgeholfen werden und es fragt sich nun: Wie ist hier zu helfen?

Die Antwort erscheint einfach, und doch, wie viel hängt nicht an dieser Antwort, welche gänzliche Umwandlung unserer staatlichen Verhältnisse ist nicht durch eine befriedigende Lösung dieser Frage bedingt!

Zuerst und vor Allem, das liegt auf der Hand, muß die pekuniäre Stellung der Unteroffiziere selbst verbessert werden, und dann müssen sie Aussicht haben, daß sie nach der Dienstzeit Posten bekommen, welche ihnen ein zum Lebensunterhalt für sie und ihre Familie ausreichendes Gehalt bieten. Dazu wäre eine Erhöhung sämtlicher Subaltern-Beamten-Besoldungen im ganzen preussischen Staate notwendig, und man wird sich erinnern, mit welcher Entschiedenheit eine solche Steigerung von der Volkvertretung bei Gelegenheit der diesjährigen Budgetberatung gefordert worden ist. Die Regierung hat aber die vorhandenen Mittel für nicht ausreichend zu einem solchen Schritte erklärt, und so wird nun die Gehaltserhöhung für Subalternbeamte, welche mit jedem Jahre dringender erscheint, noch auf sich warten lassen. In diesem Punkte ist also noch keine Aussicht, daß einer der Gründe, welche den Mangel von Unteroffizieren herbeiführen, fortfallen wird.

Kann aber auf diese Weise nicht schnell und durchgreifend geholfen werden, so muß man sich nach einem andern Mittel umsehen, um einen größeren Zutrang von brauchbaren Leuten zu der Unteroffizierlaufbahn zu erzielen. Man würde dies, darüber sind Alle einig, sehr schnell erreichen, wenn man die Schranke aufhebt, welche die Unteroffiziere von den Offizieren trennt. Man gebe den Unteroffizieren das Avancement zum Offizier frei, und es wird sich, davon darf man überzeugt sein, kein Mangel an guten Unteroffizieren mehr zeigen. Wir wollen hier nicht auseinandersehen, welche Veränderung durch einen solchen Schritt notwendiger Weise in dem Verhältnis zwischen Volk und Armee vorgehen müßte, und ebenso wenig wollen wir die Verhältnisse auseinandersehen, welche sich jetzt noch einem solchen Schritt entgegensetzen und die Vorurteile, welche zu überwinden sein würden, damit endlich jeder so wiederholt geforderte und so notwendige Schritt geschehen kann. Wir wollen hier nur hervorheben, wie die Möglichkeit, sich durch Avancement zum Offizier eine nach vielen Richtungen hin für angenehmer geltende Stellung zu erwerben, für viele, ganz besonders für solche, welche Vergnügen am Soldatenstande finden, ein lebhafter Sporn sein wird, sich dem Soldaten-

leben ganz zu widmen und die Unteroffizier-Carrière einzuschlagen. Es wird, darüber kann heut zu Tage kein Zweifel mehr herrschen, neben einer Verbesserung der Aussichten für den späteren Zivildienst, vor Allem notwendig sein, den Unteroffizieren die Möglichkeit zu eröffnen, in der Soldatenlaufbahn selbst eine höhere Stellung zu erwerben, damit sich fähige und zu Unteroffizieren brauchbare Leute finden, welche diese Laufbahn einschlagen.

So wären also die Mittel gegeben, dem Mangel an Unteroffizieren abzuhelfen, aber vergebend suchten wir nach einem Anzeichen, welches die baldige Anwendung dieser Mittel verkündigt. Eine Verbesserung des Gehaltes der Subaltern-Beamten ist für's Erste noch nicht zu erwarten, und auf eine vollständige Freigabe des Avancements zum Offizier dürfen wir auch noch nicht rechnen, nur über die Nothwendigkeit einer Vermehrung des Soldes der Unteroffiziere herrscht keine verschiedene Ansicht. Diese allein kann aber nicht ausreichen, und es fragt sich nun, welche Mittel die Regierung anwendet, um dem so fühlbaren Mangel an Unteroffizieren abzuhelfen? Sie hilft sich in diesem Falle, und es ist dies zur Entscheidung der Frage über die Nothwendigkeit oder Nichtnothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit ein sehr zu beachtendes Faktum, damit, daß sie im dritten Jahre bei der Payne befindlichen Soldaten theilweise als Unteroffiziere verwendet.

Dieses Mittel, über dessen praktischen Werth wir sogleich sprechen wollen, ist ein günstiger Belohn dafür, daß die zweijährige Dienstzeit anstreicht, denn indem die Regierung Soldaten, welche erst zwei Jahre bei den Fahnen gestanden haben, zu Unteroffizieren ernannt, erkennt sie an, daß dieselben vollständig ausgebildet sind, also eigentlich ganz gut entlassen werden könnten. Würde man nun nicht vielleicht mehr erzielen, wenn man wieder die zweijährige Dienstzeit einführt, und statt die Leute im dritten Jahre als Unteroffiziere zu verwenden, lieber das ersparte Geld auf eine Verbesserung der Besoldung der Subalternbeamten verwendet, und dadurch die Aussichten der Unteroffiziere für die Zukunft verbesserte? Daran scheint man aber nicht zu denken und man hat nun bei der jetzigen Methode den Nachtheil, daß man größtentheils nur Unteroffiziere erhält, welche nicht auf lange Zeit sich dieser Laufbahn widmen. Gerade solche alte langgediente Unteroffiziere hält man aber für die Armee für nothwendig und dem Mangel an diesen wird durch das jetzt angewendete Ausnahmestmittel nicht abgeholfen. Um nun dieses Ziel zu erreichen, ohne die von uns vorgeschlagenen Mittel anzuwenden, wird von so manchen Seiten der Wunsch laut, man solle das Stellvertretersystem einführen. Dadurch würde man allerdings wahrscheinlich sehr bald eine Anzahl von sogenannten Berufs-Soldaten erhalten, unter welchen sich wahrscheinlich auch sehr vortheilhafte Unteroffiziere finden würden, aber wir denken, das preussische Volk hat den Werth der allgemeinen Dienstpflicht genügend erkannt, um jeden Versuch, das Postauf- und Stellenvertretersystem einzuführen, energig zurückzuweisen. Es bleibt, um für alle Zeiten einem Mangel an guten Unteroffizieren in einer Armee wie die unsere ist, und bei den Erwerbsverhältnissen die jetzt herrschen, vorzukommen, nichts anderes übrig, als das von uns angegebene Mittel, nämlich Aufhebung der Schranke zwischen dem Unteroffizierstand und dem Offizierstand.

Man mag sich gegen die Anwendung dieses Mittels sträuben, so viel man will, die Nothwendigkeit wird zu diesem Schritte zwingen und wir wollen nur wünschen, daß nicht unter dem Zögern die Kriegstüchtigkeit unserer Armee leidet.